

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neunkirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Das Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptgemeindefiskus zu Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda beständig bestimmte Blatt

Beilagen: Unkürztes Sonntagblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Mas, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachamt Amt Bischofswerda Nr. 1521. Gemeindeverbandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64



Abonnementpreise: Täglich mit Sonntagen der Sonn- und Feiertage. Preis pro Jahr 1.20, beim Vorzahlen in der Geschäftsstelle 1.00. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Verleger: Friedrich Mas, Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unabweisbarer Notlage des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsverhältnisse — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorrückung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Abdruckrechte (im Reichsamt): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., drittelseitige 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 20 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 66

Sonnabend, den 18. März 1933

88. Jahrgang

Tageschau.

Reichsanwalt Heß tritt am Freitagabend 7 Uhr mit dem Antrag in München ein. In seinem Empfang hatten sich am Freitag in München Heß und mehrere Herren der SS- und SA-Ordnung eingefunden. Der Reichsanwalt begab sich sofort ins Bremer Haus.

Reichswirtschaftsminister Hugenberg hat den Präsidenten des Reichstages Professor Dr. Wagemann beurlaubt.

Bei einer Tagung des pommerischen Landbundes sprachen Reichsminister Goering und Staatssekretär von Rohr über die Aufhebung der Wirtschaftspolitik und die Erziehung zum nationalen Denken.

Reichswirtschaftsminister Hugenberg hat wegen der bestehenden landespolitischen Differenzen mit der Industriewirtschaft angedeutet, daß Maßnahmen für industrielle Warenlieferungen bis auf weiteres nicht mehr getroffen werden dürfen.

Der Reichler „Folks“ bringt die aufsehenerregende Mitteilung, daß sich in Paris mehrere deutsche Sozialdemokraten für eine kommunistische Wiedereinrichtung der Ruhr zu machen versuchen. Selbst dem Reichler Blatt ist dieses hochverräterische Verhalten unbekannt.

Folgt der in Freiburg i. B. gefassten Entscheidung eines Volksgerichtes durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Nuhn, daß in Baden alle sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten in Schutzhaft genommen werden.

Die Regierung von Preußen hat sämtliche Kommunisten und Mitglieder der KPD ausgewiesen und über die Landesgrenzen hinweg gejagt.

Bei einem Jagdunfall in der Kammerlei wurden 50 Enten getötet, mehr als 70 verletzt.

Wahlprüfungen an anderer Stelle.

Schnelle Arbeit.

Die nächsten Pläne der Reichsregierung.

Nachdem der Ständekammer, Aufhebung des Reichswirtschaftsrates, Aufhebung des mittelständischen Kreditwesens, Aufhebung der Schenk- und Erbschaftsteuer, der Schenksteuer, neues Reichsbankstatut, preussische Verwaltungsreform.

Keiner wird der Regierung Heß nachsagen können, er habe den Eindruck, sie wolle sich, nachdem diese glatte aller Umwälzungen ihr die Macht in die Hand gegeben hat, auf die laute Haut legen und die Sonne des 30. Januar und 5. März auf den Berg scheinen lassen. Zwischen all den Feiern und Festen der letzten Tage ist schon die ernste Regierungsarbeit nicht vernachlässigt worden, und durch die sachliche Arbeit ist das neue Regiment in erstaunlicher Schnelle und sehr weit gefestigt worden. Es bleibt aber noch sehr vieles an vorbereitenden und endgültigen Maßnahmen übrig, deren Erledigung drängt. Mit der feierlichen Eröffnung des Reichstages in der Potsdamer Garnisonkirche wird die Zeit des festlichen Gepräges der nationalen Revolution ihr vorläufiges Ende finden, die anschließende Sitzungsperiode des Parlamentes wird der Regierung die Ermächtigung bringen, kraft derer sie die für notwendig erachteten Gesetze und Verordnungen ohne hinausgehende Befragung der Volksvertretung erlassen kann. Mehrfache Vollmachten werden auch den Länderregierungen, welche jetzt aus dem Befehl des Reichsministers sehr bald wieder in den ordnungsmäßigen Zustand übergeführt werden sollen, zur Verfügung stehen. Reich und Länder werden sich in einer bisher nie gekannten „Gleichschaltung“ präsentieren; eine Tatsache, die eine glatte und schleunigere Durchführung der getroffenen Maßnahmen ermöglicht.

Diese Gleichschaltung, die vom Reich bis in die Gemeinden hinein durchgeführt worden ist, soll noch eine sachlichere Vertiefung durch die Neuwahlen der Handels-, Handwerks- und Bauwirtschaftskammern erfahren. Um auch hier die Verhältnisse denen der politischen Körperschaften anzupassen, werden diese Neuwahlen sehr bald durchgeführt werden, gleichgültig, ob die Wahlperioden abgelaufen sind oder nicht.

Die Reichsregierung hofft, auf diesem Wege in eine noch engere Fühlung mit den Berufsständen zu kommen; sie hofft mit Recht, durch Neuwahlen Träger der Gedanken, auf denen die nationale Staatsführung aufbaut, an verantwortlicher Stelle in die Berufsvertretungen bringen zu können, will aber andererseits keine allzu starke Durchpolitisierung dieser Ständeparlamente herbeiführen und glaubt, geeignete Druck genug zur Verfügung zu haben, welche Maß und Grenzen zu halten wissen. Wie sehr der Reichsregierung an einer engeren Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und ihren hervorragenden Vertretern liegt, ist aus dem Plane zu erkennen,

den Reichswirtschaftsrat aus seinen Dorncröschenstube zu erwecken. Der schon in der Reichsverfassung niedergelegte Gedanke eines solchen Reichsständeparlamentes ist im Geiste der Parteien über die Bildung eines vorläufigen Reichswirtschaftsrates nicht weiter entwickelt worden, und dieser vorläufige Reichswirtschaftsrat hat weiter keine Wirksamkeit gezeigt, als daß er seine Mitglieder mit Freifahrkarten versorgte, wenigstens nicht viel mehr. Die Pläne, diese Körperschaft nun endlich zur Arbeit zu bringen, werden seit einigen Wochen im Reichswirtschaftsministerium mit Fleiß bearbeitet. Der Kreis der Wirtschaftvertreter soll aber viel enger gewählt werden, als die jahrelangen Pläne es vorsehen. Es heißt, das neue Gremium, das in mancherlei an Pläne erinnert, die, ohne verwirklicht zu werden, zur Zeit der Kanzlerschaft Brüning's gefasst wurden, soll einen Kreis von etwa 40 bis 50 Personen umfassen.

In die gleiche Linie, die Wirtschaft mehr aus den Gebilden der Spekulation in die Mitarbeit und Fürsorge der Staatsführung herüberzuführen, fällt auch die Absicht der Reichsregierung, das ländliche und mittelständische Kreditwesen aus der Sphäre des Bank- und Börsenkapitalismus herauszuführen und auf neuer Grundlage, welche noch stärker als bisher den genossenschaftlichen Grundgedanken betont, aufzubauen. Die Wirtschaft soll näher an den Staat herangebracht werden, wodurch ihr Teil an der Verantwortung vergrößert werden, sie aber auch Anspruch auf pflichtgemäßeste Behandlung erhalten soll. Es gilt in erster Linie, nächst der Landwirtschaft auch dem Mittelstand zu helfen.

In besonderen Maßnahmen in dieser Richtung seien die bevorstehende Aufhebung der Lustbarkeits- und Getränkesteuer genannt. Bei der Aufhebung der Lustbarkeitssteuer denkt man nicht zuletzt an die Not des Spielgewerbes. Auch die Schlachtsteuer soll fallen, sobald es den Ländern möglich ist, andere Quellen für den Ausfall zu öffnen. Die Einnahmen aus den Zuschlägen zur Gewerbesteuer für Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte u. Großfilialbetriebe reichen allein nicht aus, dieses Rinder-einkommen auszugleichen.

Zu den Aufgaben, welche die Reichsbank in Kürze durchführen will, gehört weiter die Erneuerung des Reichsbankstatuts. Das Verhältnis zwischen ihr und Reich und Ländern

soll dahin geändert werden, daß der Einfluß der Reichs- und Staatsorgane verstärkt wird. Dr. Schacht findet hier eine Aufgabe vor, die bei der Bedeutung und Stellung der Bank als Noteninstitut sehr viel Feingefühl und Verantwortungsbewußtsein erfordert.

Wie im Reich so ist auch in Preußen noch eine Reihe von Dingen zu erledigen, die keinen langen Ausschub dulden. Das Verdienst Papens ist es, daß hier mit unermüdlicher Laustkraft vorgestoßen wird. Schon an den oben genannten Aufgaben ist in manchem Preußen maßgebend mit beteiligt. Im Lande selbst wartet noch eine weitgreifende Verwaltungsreform der Durchführung. Sie soll nicht mehr lange warten; denn schon im neuen Haushalt für das Rechnungsjahr 1933/34, der dieser Tage von der Kommiserialregierung durchberaten und gutgeheißen worden ist, ist schon der reformierte Zustand eingesezt.

Hier wie da sieht man: Ganze und schnelle Arbeit überall!

Die Krankenkassenreform.

D. I. Berlin, 18. März. (Eigener Dienst.) Der Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts hat sich am Freitag mit einigen Entwürfen des Reichsarbeitsministeriums beschäftigt, deren Dringlichkeit von allen Seiten anerkannt wird. Es handelt sich zunächst um eine Verordnung zur Vorbereitung der vom Reichsarbeitsminister Franz Seidie in Aussicht genommenen Krankenkassenreform. Das Ziel dieser Verordnung ist einmal die Verstärkung der Staatsaufsicht über die Krankenkassen, die sich bisher nur auf die Nachprüfung beschränkte, ob die Maßnahmen der Krankenkassen mit den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung übereinstimmen. Rünftig wird die Reichsregierung bzw. das Reichsarbeitsministerium auch darüber zu wachen haben, ob die Finanzgebahrung der Krankenkassen den Erfordernissen der Wirtschaftlichkeit entspricht. Damit ist eine starke Handhabe für die Ueberwachung der Krankenkassen gegeben. Ferner wird eine Sperrverordnung erlassen werden, die verhindern soll, daß die Krankenkassen in personalpolitischer Hinsicht vor der großen Reform noch neue Verpflichtungen eingehen. Diese Vorlagen werden Anfang nächster Woche vom Kabinett verabschiedet werden.

Deutscher Boden — Deutsche Zukunft.

Reichsminister Goering auf der Tagung des Pommerischen Landbundes.

Reichsminister Goering hielt am Freitag in Stettin auf der Tagung des Pommerischen Landbundes eine Rede, in der er u. a. ausführte: „Diesem Jahre liegen hinter uns. Und es war ein schwerer Weg, den das deutsche Volk gegangen ist. Und auch hier waren wieder die größten Sorgen und die größten Rufe dem deutschen Bauer auferlegt. Er hatte in diesen 14 Jahren genau so schwer wie früher gearbeitet, und doch war ihm alles versagt geblieben. Und so ging der Bauer dem Tode entgegen. Der Bauer muß aber leben, wenn Deutschland leben soll!“ (Beifall)

Man hat vor einem Jahre versucht, in einem Film darzustellen, wie wunderbar doch eigentlich alles in Deutschland bestellt wäre, wie herrlich doch eigentlich die schwarze rote Genossenschaft Deutschland regierte. In diesem Film kam auch das Land zu dem Seinen, es sollte auch gezeigt werden, wie alles geliebt, wie die Saat hoch stand, das Getreide vortrefflich, und wie es dem Bauern gut ging. Es war, weiß Gott, nicht ihre Schuld, daß Getreide gewachsen war auf deutschem Boden. Das lag in Gottes Hand, und ihm, dem Höchsten, konnten sie nun doch nicht ins Handwerk pfeifen. Aber eines haben sie schamvoll vergessen. Sie haben vergessen, vor dieses Getreide die berühmten Tafeln zu stellen, auf denen stand, daß die Ernte bereits gepflündert sei und nicht mehr dem Bauern gehörte. (Beifall)

Und so kam nach furchtbarem Ringen und Kämpfen die neue Zeit, von vielen heiß ersehnt. Nun endlich begann und beginnt der Aufbau. Ich muß euch allen das sagen: Es war eine der allerersten Sitzungen der neuen Regierung, in der der Kanzler jenes Wort sprach: „Wir müssen jetzt unter allen Umständen den deutschen Bauer retten, dann retten wir die Grundlage des neuen Deutschland.“ (Beifall.) Welche Maßnahmen ergriffen werden, das wird sich in der nächsten Zeit laufend und laufend weiter zeigen. Auch ich fühle im großen euren Not, und ich weiß nur das eine, daß auch ich meine ganze Kraft dieser Not widmen will. (Beifall.) Und so weiß ich, wie sehr immer darüber geklagt worden ist, man müsse Kontingente haben, das Ausland dürfe nicht dieses oder jenes einführen. Man müßte die einheimische Produktion schützen und ähnliche Forderungen mehr. Gernig, Volksgenossen, eine verantwortungsbewusste

Regierung wird unter allen Umständen durch gesetzliche Maßnahmen auf diesem Gebiete tun, was sie tun kann. Aber das, was eine Regierung tut durch gesetzliche Maßnahmen, das, was ein Staat tut durch soziale Bestimmungen, wird immer, und sei es die beste Regierung, nur ein ganz geringer Teil sein können von dem, was not tut. Die gewaltige Rettungsaktion muß aus dem Volke selber kommen, aus dem Volke geboren werden.

Heute muß man versuchen, durch eine gigantische Aufrüstung, durch einen eisernen nationalen Erziehungswillen und Erziehungskampf den deutschen Menschen dahin zu erziehen, wieder die einheimischen Produkte zu nehmen und nicht die ausländischen (Beifall). Dieser Wille zur Erziehung, die nationale Kraft, die daraus kommt, muß man ergreifen. Einer muß auf den anderen wirken, und dann erst wird diese gewaltige Welle durch das Feld gehen.“

Der Minister ging dann auf die nationale Revolution ein und sagte zum Schluß: „Wenn gesagt worden ist, der Marxismus darf nicht mehr zurückkommen, ich will Ihnen sagen: nicht nur nicht zurückkommen soll er, austreten wollen wir ihn aus Deutschland! (Stürmischer Beifall.)“

Wo der Marxismus liegt, steht ein Volk.

und wo der Marxismus regiert, zerbricht eine Nation. Der Bauer muß wissen, daß er sich mit allen Fasern seines Lebens entgegenstemmen muß den Versuchen, ihn zu entwurzeln, seine Stelle zu zerstören und ihn körperlich und seelisch zum Proleten zu stampfen. Er muß sich dagegen wehren, was er immer weiß, die Erde, auf der ich stehe, diese Erde, das ist Deutschland.

Und wenn sie sagen: Ja, man darf nicht Privatgenium antasten, gewiß, das soll niemals geschehen. Aber auf der anderen Seite muß ich von euch allen eins verlangen: Daß ihr euch zu jeder Zeit klar darüber seid, daß ihr zwar diese eure Erde erbt und weiter vererben sollt, daß ihr nach dem bürgerlichen Gesetz die alleinigen Eigentümer seid, aber daß außer euch noch Millionen bereit sind, diesen Boden, auf dem ihr seid, mit ihrem Blute zu verteidigen und daß ihr euren Boden von Gott und von der Nation zum Erleben empfangen habt. (Beifall.) Dr-